

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | Milch-Chocolade
 No. 600.
 Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher: 11 + 3096 + 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.

Schläuche
 Klappen
 Platten
 Ringe
 Schnüre
 Walzen
 Puffer
 Riemen aus

**Gummi
 Guttapercha
 Asbest**

fertigt in
 garantiert
 besten
 Qualitäten
E. Böhme
 Dresden
 Fardlauerstr. 13.

AK & S-Aufzüge
 sind unsere Spezialität seit 40 Jahren.
Aug. Kühnscherf & Söhne
 Dresden-1., Grosse Plauensche Strasse 20.

Firm. Freyboth, Dresden,
 am See 34.
Billardfabrik.
 altrenomirtes Fabrikat.
 Lager vom einfachsten bis zum elegantesten.

Nervenschmerzen

aller Art, Neuralgie, Kopf- und Gliederleiden, rheumatische und gichtische Attacken werden ungemein gelindert und meist schnell beseitigt durch „Schmeckers nervenstärkenden und nervenberuhigenden Menthol-Spiritus“. Licht in Flaschen zu 60 Pf., 1.20 und 3,— Mk. Versand nach auswärts.

Löwen-Apotheke, DRESDEN.

Für eilige Leser.

Ausmaßliche Witterung: Frost, vielfach heiter.
 Erzherzog Maximilian ist gestern Abend nach Wien abgereist; Erzherzogin Maria Josepha reist heute vormittag ab.
 Der Reichstag erledigte des weiteren bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern verschiedene Statistiken.
 Das Preussische Abgeordnetenhaus erledigte gestern u. a. den Justizetat.
 Die endgültige Gestaltung des Gesetzes 1909/10 wird jedenfalls auch eine gänzliche Neuordnung des Belleidungswesens der Armee bringen.
 Zu den Meldungen über rechtsupdriges Auftreten deutscher Kriegsschiffe auf dänischem Seegebiet, ist dem dänischen Marineministerium eine Erklärung.
 Der Odenburgische Landtag hat die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht beschlossen.
 Der römische Staatrat hat den Ankauf der berühmten griechischen Mädchenstatue von Anzio für 150.000 Francs genehmigt.
 In der serbischen hiesigen Pulverfabrik Obilitschew wurden neuerdings große Unterschleife entdeckt.

Sozialpolitische Debatten

Im Reichstage gehören im allgemeinen nicht zu den gemüthlichen Dingen. Was da zur gewöhnlich des Vorgesetzten und Breiten an sozialer Weisheit angeordnet wird, trägt, zumal wenn die Wortführer des Zentrums und der Sozialdemokratie am Besten der zu partizipativen Zwecken weislich ausgeübten Arbeiterfreundlichkeit sitzen, in so ausgesprochenem Maße den Charakter einer abgedroschenen Volksbeschwichtigung-Beredung, daß man zu dem Vorentscheid des „Hauzes der Wiederholungen“, den sich der Reichstag bereits durch seine Art der Einordnungen erworben hat, aus diesem Anlaß noch den weiteren Epigrammen des „Hauzes der Langweiligkeit“ hinzuzufügen könnte. Die ungeschickliche, auf die Wirkung zum Jenseitigen hinaus berechnete Behandlung, die namentlich die genannten Parteien sozialpolitischen Fragen im Reichstage angedeihen lassen, nicht auch den übrigen, von größeren Gesichtspunkten getragenen Teil solcher Debatten mehr oder weniger in Mitleidenschaft, so daß bisweilen Erörterungen, die ein weitgehendes Interesse verdienen, der öffentlichen Aufmerksamkeit entgehen. Eine ähnliche Erscheinung boten die jüngsten Reichstags-Verhandlungen über Sozialpolitik dar. Sie schloßen sich in solcher bandwurmarartigen Länge und Eintönigkeit hin, daß ein Berliner Blatt erklärte, es sei eine „schöne Qual“ gemeint, dabei bis zum Ende ausharren zu müssen. Dennoch boten auch diese Debatten einen in doppelter Hinsicht beachtenswerten Kern, einmal wegen der Ausführungen des Staatssekretärs Herrmann von Bethmann-Hollweg, insbesondere über die vereinheitlichte Reichsversicherung, und zum andern wegen des konservativ-freimüthigen Gleichklanges von sozialer Kritik an amtlichen augenscheinlichen Mängeln und Unzulänglichkeiten des ganzen Systems.
 An den Darlegungen des Staatssekretärs über die bereits dem Bundesrat vorliegende neue Reichsversicherungsordnung, interessiren in erster Linie die Mitteilungen über die Art, wie die Regierung die Herrschaft der Sozialdemokratie über die Erbkantentassen zu brechen gedenkt. Dies soll dadurch geschehen, daß die bisherige Zweidrittel-Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeitervertreter, die auf der ungleichen Höhe der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu leistenden Beiträge beruht, wegfällt und statt dessen durch gleiche Bemessung der Beiträge auch die Gleichheit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinnen eingeführt wird; dazu soll dann ein „unparteiischer“ Vorsitzender gewählt werden. Ob diese Art der Neuordnung die auf sie gesetzten Hoffnungen auch nur in bescheidenem Umfang erfüllen wird, ist mindestens sehr fraglich. Voraussetzlich würde um die Verdon des Vorstehenden ein so wilder Kampf von der Sozialdemokratie entfesselt werden, daß die Arbeitgeber die Sache bald fast bekämen und den Dingen ihren Lauf ließen. Auf jeden Fall ist es einleuchtend, daß eine solche Maßregel nur etwas Halbes darstellt und deshalb in einer Frage, die ganz auf grundsätzliche, durchgreifende Behandlung zugeschnitten ist und nur so gründlich gelöst werden kann, keine begründete Aussicht auf wirklich dauernde Besserung der vorhandenen Schäden zu erwecken vermag. Die terror-

istische sozialdemokratische Herrschaft über die Krankentassen, die je länger desto mehr zu einem allgemeinen Arbeitschaden unseres gesamten staatlichen Versicherungswesens zu werden droht, indem sie dieses überhaupt in Mitleidenschaft bringt, wird auf allen Seiten als ein so unerträgliches Uebel empfunden, daß selbst auf der linken Seite die schärfsten Verdammungsurtheile ausgesprochen werden. Namentlich tritt nach dieser Richtung der freimüthig-vollparteiliche Abgeordnete Dr. Mugdan hervor, der als Arzt eingehende praktische Erfahrungen mit dem Nummern gemacht hat, das von der Sozialdemokratie in den Krankentassen getrieben wird, und der schon mehrfach der Partei des Umsturzes einen Spiegel vorgehalten hat, in dem sie nach und nach in der ganzen Glorie ihrer sogenannten, in Wirklichkeit das gerade Gegentheil bedeutenden „Arbeiterfreundlichkeit“ ersinken. Der freimüthige Abgeordnete benützte auch diesmal die Gelegenheit, um der Sozialdemokratie über ihr grundsätzliches Herunterreißen unserer großartigen Arbeiterversicherung einige ungekürzte Wahrheiten zu sagen. Je mehr also die Erkenntnis der Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Herrschaft über die Krankentassen als Gemeingut für aller bürgerlichen Parteien gelten darf — nur der weisliche Arest und die jüdischen Demokraten sind unglückliche Ausnahmen —, um so weniger ist es wahrscheinlich, daß in diesen Kreisen, die von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Abhilfe tief überzeugt sind, die von der Regierung bevorzugte Art der Regelung der Frage Beifall finden wird. Früher in der Presse gemachte Andeutungen über diesen Gegenstand, die sich im wesentlichen mit den jetzigen amtlichen Erklärungen decken, haben bereits scharfen Widerspruch hervorgerufen.

Voraussetzlich also wird der Versuch gemacht werden, auf dem Wege der Reichstags-Initiative noch wirksamere Maßnahmen gegen den zu bekämpfenden Uebelstand durchzuführen, die sich nach der ganzen Sachlage nur in der Richtung einer so nachdrücklichen Bekämpfung des Selbstverwaltungsrechts der Krankentassen bewegen könnten, das dadurch ein erproblicher Erfolg gesichert würde. In einer seinerzeit vielbemerkten offiziellen Kundgebung war sogar etwas Ähnliches in Aussicht gestellt worden mit dem Hinweis, daß sich die Arbeiter die Schuld an einer solchen Maßregel lediglich selbst zuschreiben müßten, weil sie nicht Einsicht und Anreiz genug besäßen hätten, die Ausbreitung des sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankentassen zu verhindern. Hiernach erscheint es durchaus als im Bereiche der Möglichkeit liegend, daß die verbündeten Regierungen im Falle einer genügend unterstützten und energisch durchgeführten Anordnung aus der Mitte des Hauzes heraus sich noch nachdrücklich entschließen, die Garantien gegen den sozialdemokratischen Einfluß in den Krankentassen in hinreichendem Maße zu verneuen. Wenn hier nicht endlich etwas Bestimmtes geschieht, nähern wir uns immer mehr einer Entfaltung, welche die Krankentassen ihrem eigentlichen sozialen Zweck völlig entfremdet und sie ganz zu Tummelplätzen der revolutionären politischen Partizipation und Organisation macht. Aus eben diesem Grunde wäre es auch wünschenswerth gewesen, wenn die Regierung sich nicht auf die bloße zusammenfassende Kodifikation beschränkt, sondern im Sinne des Poladowskischen Planes eine organisatorische Zusammenlegung der gesamten sozialen Versicherung auf der Grundlage eines gemeinsamen „Arbeitslichen Unterbaues“ vorgenommen hätte, mit dessen Hilfe die Zurechnung der Gemeindevverwaltung zu der Krankenterversicherung möglich gewesen wäre. Nach den weiteren Mitteilungen des Staatssekretärs soll die Krankenterversicherung auch auf das Gefinde, die landwirtschaftliche Arbeiterkassen, die Handwerkerbetriebe und die unabhängigen Arbeiter ausgedehnt werden; gewiß ein mächtiger sozialer Fortschritt, der aber nur um so lebhafter bedauern läßt, daß angesichts einer so weitgehenden fortgesetzten Forderung für die Arbeiterkassen die Regierung aus versicherungstechnischen und finanziellen Gründen nicht gewagt hat, auch den Mittelstandsschichten etwas zu bieten, die nach den eigenen Worten des Staatssekretärs „nicht dem Arbeiterstande angehören, aber wirtschaftlich noch viel schlechter gestellt sind“.

politische Weisgebung veranlaßt schon manchen Arbeiter, daran zu denken, seinen Betrieb ins Ausland zu verlegen. Der freimüthige Vertreter Dr. Mugdan führt dies des näheren aus durch den Hinweis auf die Gefahr einer allgemeinen buranfranzösischen Ueberwanderung unserer sozialen Verhältnisse. Man könne den Gedanken nicht unterdrücken, daß ein großer Teil unserer Sozialpolitik sich eigentlich erschöpfe in neuen Strafbestimmungen, die wiederum Personen zur Ueberwanderung notwendig machen, und daß auf diese Weise unsere Sozialpolitik zu einer ungeheuren Vermehrung unseres Beamtenheeres beitrage, dessen Verminderung doch gerade allerseitig gewünscht werde. Wenn es so fortginge, würden schließlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig unter dauernde Polizeiaufsicht gestellt und die Sozialpolitik würde zur Polizeiwirtschaft. Es ist jedenfalls bezeichnend und zeigt für den überall gleichmäßig empfundenen Druck der Verhältnisse, daß in diesem Gedankengange konservative und freimüthige Anschauungen sich begegnen. Solche Stimmungssymptome sollte eine weitreichende Regierung nicht unbeachtet lassen, sondern sie zum Anlaß nehmen, um künftig die berechtigten Empfindungen und Interessen des Unternehmertums, das doch schließlich die goldene Sonne der ganzen Sozialversicherung darstellt, mehr als bisher zu berücksichtigen und zu schonen.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. Februar.

Deutscher Reichstag.
 Berlin. (Preis-Tele.) Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. — Abg. Everling (natl.) fragt, wie bereits kurz im Abendblatt gemeldet: Warum hat man der Deutschen Schloffer-Schule in Rostock in Sachen der bisher gewährte Unterstützung entzogen? Die Verhältnisse haben sich gegen früher geändert, nur an Stelle des sozialdemokratischen Vertreters des Wahlkreises ist ein Angehöriger des Blocks getreten. (Weiterkeit.) Die Sparanstalt ist ein guter Genius, aber wenn am unrechten Orte geparkt wird, dann wird sie zum tobenbringenden Gewehrs. Auch die Schuhmacher-Schule von Többeck wird nächstens an die Regierung mit Wunschen herantreten. — Abg. Erzberger (Centr.): Was den Schulen recht ist, ist den anderen billig. Wofür würden wir kommen, wenn alle diese Nachschulen unterstützt würden, wie die Schloffer-Schule? Und gar die reichen Schulen! (Weiterkeit.) — Abg. Everling: Herr Erzberger geht zu schematisch vor. Die Schloffer-Schule ist ganz eigenartig und geradezu vorbildlich geworden; da kann auch einmal das Reich helfen. In der Schule sind nur 22 Schüler aus Sachsen, 65 aus den anderen Teilen des Reiches. — Abg. Gothein: Die Schloffer-Schule ist wirklich eine Musterstätte, aber aus prinzipiellen Gründen können wir sie nicht unterstützen. Ich würde den Sachien die 3000 Mark gönnen können. (Weiterkeit.) aber es ist besser, wenn das Königlich sich selber hilft. — Abg. Freiliger v. Gamp: Ich meine auch, die Schule zu Rostock soll vorzüglich sein, aber wenn wir alle vorzüglichen Schulen unterstützen wollten, wohin kämen wir da? — Abg. Gothein (freif.): Berlin. Es sei im höchsten Grade bedenklich, zu verlangen, daß der Staatssekretär sich mit den Unterrichtsverwaltungen der Einzelstaaten in Verbindung setzen soll, um den Bezug von Ausländern human anzulegen. Es müße volle Freizügigkeit herrschen. Er selbst sei seinerzeit von Dr. Althoff einmal aufgefordert worden, gegen das Verlangen nach Ausschließung der Ausländer Ernst zu machen. Eine Bevorzugung der Ausländer auf untern technischen Hochschulen und Universitäten dürfe natürlich nicht stattfinden, eine Benachteiligung aber auch nicht. — Abg. Gamp (Reichs.): Ich kann mich der Ansicht des Kollegen Erzberger nur anschließen. Was die Ausländerfrage anlangt, so bin ich anderer Meinung als Herr Gothein. Daß die Ausländer nicht bevorzugt werden dürfen, das versteht sich ja ganz von selbst. Aber man darf doch überhaupt nicht übersehen, welche Gefährdung für unsere Industrie in einer zu ausgiebigen Zulassung von Ausländern liegt. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Meine Herren! Wir dürfen doch in Bezug auf Unterstützung von Schulen nicht so schematisch vorgehen. Wir müssen in jedem einzelnen Falle prüfen, ob eine Schule gerade auch den allgemeinen Interessen des Reiches dient. — Abg. Dove (freif. Sag.) polemisiert gegen v. Gamp. Es sei doch nicht zureichend, wenn wir glauben wollten, die Ausländer könnten nur von uns lernen, und nicht auch wir von ihnen! Er erinnere an Max Endt, aus dessen „Erinnerungen“ und aus dessen „Hinter Bismarck und Straußhild“ man ersehen habe, was er in Neaplen, in Indien gelernt hat. Und was habe H. D. Hoffmann, der erste Erfinder unserer Farben-Industrie, in England gelernt. — Abg. Pfeiffer (Centr.) vertritt denselben Standpunkt und erinnert noch daran, was für Erwartungen doch gerade auch an die Ausländer-Professoren und Studenten geknüpft worden seien! Abg. Kretsch (kons.): Wir beteiligen uns an dieser Debatte nicht, da diese Frage in die Einzelstaaten gehört. Ich stelle nur fest, daß wir auf diejenigen Elemente, die den Herren Gothein und Dove so wertvoll erscheinen, kein Gewicht legen. — Abg. Stengel (freif.): Ich weise diesen Angriff auf die Aus-

Anzeigen-Zertif.
 Aufnahme von Anzeigen bis zum 11 Uhr, Samstag bis 12 Uhr, Sonntag bis 10 Uhr. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme veröffentlicht.